Bundeskanzler Merz gibt **Jens Berger** wiederholt Anlass, einen Kommentar zu verfassen: Die telefonische Krankschreibung soll abgeschafft, am ersten Krankheitstag eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vom Arzt eingereicht werden. Unser Autor hält das für eine „kontraproduktive Schnapsidee“, denn damit wird weder der „Blaumacher“ noch der angeblich hohe Krankenstand beseitigt. Krankmeldungen per Telefon machen nur einen geringen Prozentsatz aus, fallen also gar nicht ins Gewicht. Ein Tag im Bett zur Regenerierung einer echten Krankheit oder der bei „Blaumachern“ beliebte Ausnüchterungstag hilft mehr, um sich wieder voller Kraft der Arbeit zu widmen. Arbeitnehmer sind mit dieser Regelung gezwungen, „zum Arzt zu gehen, der einen dann nicht einen Tag, sondern gleich mehrere Tage krankschreibt“, was zu noch höheren Wartezeiten in Arztpraxen führt, eine zusätzliche Belastung für wirklich Kranke bzw. chronisch kranke Menschen ist und den Krankenstand weiter in die Höhe treibt. Abgedruckte Leserbriefe geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen aus redaktionellen Gründen bleiben vorbehalten. Herzlichen Dank für Ihre Zuschriften, zusammengestellt von **Ala Goldbrunner**.

---

1. Leserbrief

Hallo NDS-Team!

Dass diese Nummer der „Regierung“ Merz nur der Propaganda dient, ist klar. Auch dass die Abschaffung eher zu längeren Krankschreibungen und damit zu mehr Ausfall führten wird ist logisch. Aber Logik und Merz… das sind zwei Universen ohne nennenswerte Schnittmenge.

Was mich aber mal interessieren würde wäre, ob wir seit der Coronazeit, in der diese telefonische Krankschreibung eingeführt wurde, **tatsächlich** einen höheren Krankenstand haben. Wundern würde es mich nicht. Aber dann hätte ich eine andere Ursache im Verdacht: Die an 64 Millionen Deutsche verabreichte, hochgefährliche „Covid-Schutzimpfung“. Die ist meines Erachtens auch für das enorme Anschwellen der Übersterblichkeit verantwortlich, die 2020, dem Jahr als wir „schutzlos“ dem neuen Virus ausgesetzt waren, bei Null lag, 2021 deutlich stieg (höher als in normalen Grippejahren) und 2023, im Jahr der „Booster-Impfung“ mit 80.000 den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik erreichte. Sie ist seitdem meines Wissens auch nicht wieder auf „Vorkriegswerte“ zurückgegangen.

Das verwundert auch nicht angesichts aktueller Studien, wonach die durch diese modRNA-Manipulation verursachte Produktion von Covid-Spike-Proteinen durch körpereigene Zellen bei einzelnen Patienten sogar über 700 Tage nach „Impfung“ immer noch am Laufen war. Da läuft das Immunsystem im Dauerstress, abgesehen davon, daß die Spike-Proteine selbst hochgiftig sind.

Liegen den NDS da belastbare Erkenntnisse vor?

Grüße, Ole.

Anmerkung Jens Berger:

Lieber Ole,

das Problem ist, dass man das nicht seriös messen kann, da die Datenbasis das nicht hergibt. Die stets veröffentlichten Zahlen stammen von den Krankenkassen. Und vor 2022 gab es noch keine elektronische Krankmeldung. Nun haben aber gerade bei kleineren Firmen die Personaler natürlich nicht immer die Daten an die Krankenkassen weitergegeben, wenn das – z.B. bei einem kurzen Ausfall – gar keine Relevanz für sie hatte. Das ist übrigens der Hauptgrund für den seit 2022 gestiegenen Krankenstand, den Merz beklagt – ein statistischer Effekt, der nichts über die realen Ausfälle aussagt. Alles andere ist Spekulation. Die Politik tut ja immer so, als seien dies verlässliche Daten. Das ist aber Unsinn. Wenn es bei uns bei den NachDenkSeiten mal jemanden nicht so gut geht, sagt er oder sie kurz bescheid und bleibt halt einen Tag im Bett. Davon erfährt aber natürlich die Krankenkasse nichts; warum auch? So wird es sicher in den meisten kleineren Unternehmen gehandhabt. Wenn diese nun gezwungen würden (das ist ja m.W. nicht vorgesehen), diese unsinnige 1-Tages-Regel zu übernehmen, würde daher der statistische Krankenstand wohl förmlich explodieren ;-)

Beste Grüße
Jens Berger

---

2. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

sehr geschätztes Team der NachDenkSeiten,

vielen Dank für diesen Artikel, dem ich absolut zustimme.

Ich würde mir wünschen, dass wir ähnliche Regelungen, wie die von Merz gewünschten, mal für Abgeordnete des Bundestages und der Landtage andenken.

Die Haupttätigkeit eines Abgeordneten ist die politische Arbeit in den Parlamenten und Ausschüssen. Nebentätigkeiten haben sich dem unterzuordnen. Das ist so, wie in jedem Arbeitsverhältnis. Ein Nebenjob darf die Hauptarbeit nicht belasten.

Wenn also ein Abgeordneter nicht an einer Plenumssitzung oder an einer parallel dazu stattfindenden Ausschusssitzung teilnehmen kann, benötigt er zwingend ein ärztliches Attest. Der Verweis auf eine wichtige Sitzung eines Aufsichtsrates, in dem der Abgeordnete nebenberuflich sitzt kann nicht zählen. Das ist sein Nebenverdienst. In der freien Wirtschaft kann ein Angestellter auch nicht sagen: „Ich kann heute nicht zur Arbeit erscheinen, weil ich zu meinem Nebenjob gehe.“

Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist, aufgrund der höheren Strafandrohung bei Gefälligkeitsattesten, nun auch für den ausstellenden Arzt heikel. Sollte der Abgeordnete dann in der Öffentlichkeit bei einer Rede oder bei seiner Nebentätigkeit wahrgenommen werden, hätte das für den Arzt ja Konsequenzen. Ebenso macht sich hier der Abgeordnete des Arbeitszeitbetruges schuldig. Das könnte mit einer Abmahnung geahndet werden. Bei dreimaligem Verstoß erfolgt die Entlassung aus dem Amt und die Streichung seiner Pensionsansprüche aus seinem Amt als Abgeordneter. Sein freiwerdender Sitz bleibt entweder frei oder es rückt der nächste Politiker der Liste der letzten Wahl nach. Wenn man es Politikern, Ministern und Kanzlern so erklärt, versuchen sie in Zukunft evtl. mal zu verstehen, wovon sie reden wollen.

Bei einem solchen Vorschlag kommen dann gerne die Bedenkenträger die sagen, dann werde man keinen mehr finden, der Abgeordneter werden wolle. In der freien Wirtschaft verdienten sie ja dann viel mehr Geld. Dem halte ich mit Blick auf unser politisches Personal entgegen: In der freien Wirtschaft wären viele von denen arbeitslos.

Beste Grüße
Thorsten Fengler

3. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger sehr geehrtes Nachdenkseitenteam

Ich weiss nicht, wie das überhaupt vernünftig gehen soll: Krankschreibung ab Tag 1. Meine aktuellen Erfahrungen mit dem Gesundheitssystem sind da ganz anders. Es ist nicht der Normalfall, dass man an einem Tag, an dem man krank geworden ist, auch einen Arzttermin beim Hausarzt bekommen kann. In der Regel müssen auch für Hausarztbesuche inzwischen Termine vereinbart werden (Tage später). Bei Spezialärzten betragen die Wartezeiten i.d.R. für nicht Privatpatienten ja mehrere Monate.

Die Versorgung im Krankenhaus ist für Nicht-Privatpatienten teilweise katastrophal. Was i.d.R. noch funktioniert ist der Notruf 112. Der Notarzt und die Sanitäter kommen i.d.R. sehr schnell. Nur im Krankenhaus müssen die eingelieferten Patienten dann mitunter lange warten bis sie weiter „verarbeitet“ werden.

Armes Deutschland! hat fast nur noch schuldenbasiertes Geld für Aufrüstung und Finanzierung des Ukrainekrieges, um die Ukraine in NATO und EU zu integrieren und Russland zu ruinieren und lässt die Reichen weiter reich bleiben und reicher werden. Und alles wird von Politik und Medien schön geredet und über die Misstände wird der Mantel des Schweigens ausgebreitet ! Wo soll das enden? in einem Atomkrieg?

Mir scheint, solange der deutsche Michel noch in Urlaub fliegen (wenn auch schuldenbasiert) und mit seinem Auto die Umwelt verpesten kann, und die Hitze noch irgendwie aushält, solange wird er nicht mal in Wahlen seine wertebasierten Volksvertreter vom Acker jagen.

Fritz Gerhard

---

4. Leserbrief

Ist jemand vielleicht schon auf die Idee gekommen, dass dieser Vorschlag nur ein Ablenkungsmanöver ist, um die anderen schlimmen Punkte elegant

durchzubekommen?

D.S.

---

5. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

ich teile Ihre Einschätzung zur geplanten Neuregelung der Krankschreibung voll und ganz. Und dennoch könnte sich diese Ankündigung als ein geschickter Schachzug der Regierung erweisen.

Warum? Wegen ihrer offenkundigen Widersinnigkeit bietet sie einen wunderbaren Aufreger, auf den sich nun sämtliche Medien stürzen. Und dabei geraten die echten Zumutungen aus dem Blickfeld.

Berufseinsteiger erwartet nun eine schier endlose Kette befristeter Verträge, die sie auf lange Zeit in einer prekären Beschäftigungssituation hält und eine Familienplanung drastisch erschwert.

Arbeitnehmer, die ihrem Arbeitgeber zu teuer geworden sind, können künftig einfach gekündigt und durch billigere (befristete) Kräfte ersetzt werden. Das trifft in erster Linie die Älteren, die unter Umständen schon gesundheitlich angeschlagen sind und dann wenig Chancen auf eine erneute Anstellung haben – vorerst nur die wirklich gut bezahlten, aber man kennt ja das Prinzip der Salamitaktik, mit der eine solche Regelung nach und nach auf Normalverdiener ausgeweitet wird.

Außerdem stärken beide Maßnahmen die Machtstellung der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern. Kritische Mitarbeiter werden sich in Zukunft noch genauer überlegen, ob sie die Manipulation von Abgaswerten oder Verstöße gegen den Arbeitsschutz im Unternehmen offen ansprechen.

Mich würde es daher nicht wundern, wenn die Regierung in Bezug auf die Krankschreibung großmütig einen Rückzieher macht – seht her, wir hören auf euch! – während die harten Brocken ohne Diskussion durchgewunken werden.

In diesem Sinne: Bleiben Sie dran, vor allem auch bei den Vorhaben, die weniger Beachtung finden.

Mit freundlichen Grüßen
Christine Brengel

---

6. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

nachdem die SPD darauf hinwies, dass es sich bei der Schnapsidee um den Kompromiss zum eigentlichen Plan der CDU handelt, die ersten Krankheitstage aus der Lohnfortzahlung zu nehmen, wird doch deutlich, worum es wirklich geht. Man will, dass kurzzeitige Kranke ihre Urlaubs- und Gleitzeitkonten nutzen, um sich auszukurieren. Das werden viele auch machen, wenn sie ad hoc gar keinen Arzttermin bekommen oder sich nicht krank am ersten Tag zum Arzt schleppen wollen, um eine eAU auszulösen. Da passt es doch ganz gut, dass in der Erkältungssaison kein Arzt Zeit haben wird und quasi gar keine andere Wahl bleibt, als sein Zeit- und Urlaubsguthaben zur Genesung zu nutzen.

Die Drückeberger zu kriegen, das kann gar nicht die Absicht sein, denn das geht schon heute. Jeder Arbeitgeber kann, z.B. bei Verdacht auf Missbrauch, die AU schon am ersten Tag fordern. Wenn er es nicht macht, will er die Drückeberger nicht fangen oder hat keine. Statt dessen alle redlichen Mitarbeitenden im Generalverdacht des „Drücketismus“ zur AU am ersten Tag zu zwingen, zeugt entweder von Dummheit oder Verlogenheit. Mit Blick auf meine obigen Zeilen sehe ich das Zweite als gegeben.

Viele Grüße,
Thomas Thrun

---

7. Leserbrief

Moin,

jetzt fangen sie an, komplett durchzudrehen?

In vielen Unternehmen und sogar Behörden gibt es doch bereits die „Tagesattest-

Pflicht“, wie es im Amtsdeutsch so schön heißt; mitunter ist sie sogar geregelt, beispielsweise durch einen Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung. Das heißt, daß die Firmen bereits seit Jahrzehnten das Instrument in der Hand halten, mutmaßliche Blaumacher dazu zu zwingen, sich von einem Arzt ab dem 1. Tag eine Arbeitsunfähigkeit (AU) bescheinigen zu lassen: sind zu viele solcher Kulanz-Krankentage in einem bestimmten Zeitraum angefallen, wird die Regelung für den betroffenen Mitarbeiter gestrichen, und er braucht dann ab dem 1. Tag eine Krankmeldung.

Weshalb genau will die Politik diesen Firmen & Behörden vorschreiben, wie sie mit ihrem Personal umzugehen haben? Ist das auch wieder ein Schüren von Hetze gegen eine Minderheit, die „blau machenden Arbeiter“? Sowas wie der „Florida-Rolf“, der die (Sozial-)Systeme missbraucht, um sich einen schönen Lenz zu machen? Da wird pauschal unterstellt, dieses Werkzeug, das man vertrauensvoll nutzen sollte, würde permanent missbraucht. Das Gegenteil ist auch der Fall: ich kenne Mitarbeiter, vorwiegend weiblich und in Teilzeit, also keine Großverdiener, die sich sogar Urlaub oder Überstunden nehmen, wenn sie krank sind, weil sie um ihren Arbeitsplatz mit jahrelangem Festvertrag fürchten. Das nenne ich dann „das andere Extrem“. Wobei nicht selten Druck auf Arbeitnehmer gemacht wird, weniger krank zu sein, und dann auch schonmal mit der Kündigung gewedelt wird.

Den Arbeitgeber freut’s: In einem Personalgespräch wurde mir nahe gelegt, daß ich mein auf Arbeitszeitkonten sauer erspartes Geld für das Auskurieren von Krankheiten nehmen könnte — bei solchem Personal, wie oben geschildert, fällt so ein mieser Trick natürlich auf fruchtbaren Boden. Dass der Arbeitgeber eine gesetzliche Pflicht zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat: geschenkt. Schenken sollen die Arbeitnehmer ihren Lohn dem Arbeitgeber, wenn sie krank sind.

Was die Abschaffung der telephonischen Krankschreibung angeht: War die nicht mal dazu gedacht, um Infektionsübertragungen zu verhindern? Sie war während „Corona“ eingeführt worden. Da paßte es ja auch gut ins Bild, eine völlig überzeichnete Panik darzustellen, daß man sich ja bloß nicht mit einem extrem bösartigen Coronavirus anstecken sollte. „Corona“ ist nun vorbei (zumindest denkt man das), daher soll wohl mutmaßlich damit auch die in diesem Zusammenhang stehende Regelung wieder abgeräumt werden. Ganz ehrlich? Ich finde es gut, wenn ich mich nicht total krank in ein Wartezimmer schleppen muß, nur, um eine Krankmeldung abzuholen. Dann braucht es nämlich Ruhe, damit das Immunsystem gescheit arbeiten kann. Andernfalls fange ich mir noch mehr ein oder verbreite den Kram auch noch. Ich habe auch schon Mitarbeiter erlebt, die sich völlig erkältet auf

die Arbeit geschleppt haben, trotz der Möglichkeit, bis zu 3 Tage ohne Attest zu Hause bleiben zu können. So schlimm können die Arbeiter also gar nicht sein, wie Herr Merz da unterstellt.

Missbrauch wird stets von einer Minderheit betrieben. Mit so einer pauschalisierten Forderung nimmt er alle, die ehrlich & vertrauensvoll ihre Arbeit bestreiten wollen, nicht nur in Sippenhaft, sondern unterstellt ihnen auch noch, daß sie auf Kosten der Arbeitgeber für lau zu Hause bleiben wollten. Auch da kenne ich viele Menschen, die gerade wegen längerer Krankheit wieder zur Arbeit wollen — denn irgend etwas Sinnstiftendes muß man ja im Leben machen, am besten noch etwas, das zusätzlich Geld bringt. Da sollte mal die Politik ansetzen, und stattdessen die Arbeiter in Ruhe lassen. Es gibt Projekte & Studien, die eine 4-Tage-Woche oder 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausprobiert haben: die Arbeit wird produktiver, effizienter, die Mitarbeiter sind zufriedener und vor allem — weniger krank.

Mit freundlichen Grüßen,
Michael Schauberger

---

8. Leserbrief

Liebe NDS-Redaktion,

In Dänemark und den Niederlanden kennt man keine Attestpflicht, in Spanien gilt sie ab dem 4. Tag, in Schweden ab Tag acht. In Schweden werden Krankentage erst ab Tag 15 gezählt, wenn es Krankengeld gibt. Die Tage mit Lohnfortzahlung fallen nicht in die Statistik. So viel mal zum internationalen Vergleich.

Vor einigen Monaten war der Ruf nach einem Industriestrompreis zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sehr laut. Und jetzt, nachdem die „hart arbeitende Mitte“ (Steuerzahler) der Industrie die Differenz zwischen Markt- und Zielpreis beim Strom sponsert, ist sie da wie Phönix aus der Asche gestiegen? Pustekuchen! Dass die Auto-, Chemie- und Stahlindustrie im Land der „Arbeitsscheuen und der Blaumacher“ hunderttausende Arbeitsplätze abbaut, das haben wohl die Arbeitnehmer gegen die Interessen der Unternehmer durchgesetzt – schließlich soll ja nach deren Ansicht eigentlich mehr und länger gearbeitet werden.

Viele Grüße

Michael Wrazidlo

---

9. Leserbrief

Sehr geehrtes NachDenkenSeiten – Team,

was ich in den Argumenten gegen diese „Reform“ vermisse ist die Tatsache, daß kranke Menschen erst mal kränker werden, wenn sie sich zum Arzt schleppen müssen und sich nicht gleich mal im Bett erholen können und dem Körper die Gelegenheit geben können, den Anfangsschub an Krankheit mit vollen Kräften zu bekämpfen. Die Heilung der Krankheit wird dadurch ja erst einmal verschleppt, wenn man am 1. Tag in die Praxis muss. Alle anderen Argumente sind natürlich genauso richtig, aber ich vermisse in der Diskussion ein wenig das von mir vorgebrachte Argument.

Ich möchte aber auch den Moment nutzen, um zu sagen, daß dieser Fall eindeutig zeigt, daß die Politiker jegliche Bodennähe verloren haben und sowas von unfähig sind. Wer so mit Gesetzen danebenliegt, der hat nichts in der Legislative verloren. Natürlich finde ich auch die anderen „Reformen“ größtenteils völlig daneben. Aber es war auch nichts anderes erwartbar. Es ging von Anfang an darum, den Sozialstaat kaputtzumachen. Wir können uns solche Politiker nicht mehr leisten !

Nachdenkliche Grüße
Jürgen Schopp

---

10. Leserbrief

Liebes Team der NachDenkSeiten,

Täglich lese ich Eure interessanten Artikel und bedanke mich dafür.

Allerdings ist dem Herrn Jens Berger in seinem Artikel ein logischer Fehler unterlaufen. Ich möchte ihn hiermit darauf aufmerksam machen;

„Lange Rede, kurzer Sinn: Mit der Möglichkeit, sich selbst mal einen Tag

> Auszeit zu nehmen und sich auszukurieren, sinkt der Krankenstand nicht, sondern er steigt. Warum? Weil man gezwungen ist, zum Arzt zu gehen, der einen dann nicht einen Tag, sondern gleich mehrere Tage krankschreibt. Das sagt zumindest die empirische Evidenz.“

Es müsste hier logischerweise heißen:

Lange Rede, kurzer Sinn: Mit der **fehlenden** Möglichkeit, sich selbst mal einen Tag Auszeit zu nehmen und sich auszukurieren, sinkt der Krankenstand nicht, sondern er steigt.

Macht weiter so.

Beste Grüße aus der Uckermark
Andreas Gleißner

---

11. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

kann es sein, dass hier – im ersten Teil – eine Verneinung fehlt?

> „Lange Rede, kurzer Sinn: Mit der Möglichkeit, sich selbst mal einen Tag Auszeit zu nehmen und sich auszukurieren, sinkt der Krankenstand nicht,… “

z.B „mit der **fehlenden** moeglichkeit“…

Mit freundlichen Gruessen
Horst Rudolf

Anmerkung Jens Berger zu den letzten beiden Leserbriefen:

Mit der doppelten Verneinung haben wir Norddeutschen immer unsere Probleme ;-)

Sie haben natürlich Recht, wir korrigieren das.

1000 Dank und beste Grüße

Jens Berger

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.